

ISRAEL BEREITET DAUERHAFTE BESETZUNG VOR AUFRUF ZUR ANTI-APARTHEID-KAMPAGNE

**Arbeitspapier: Ideen für eine konzertierte Aktion
der Zivilgesellschaften in Palästina, Israel und weltweit**

**„SCHLUSS MIT ISRAELISCHER APARTHEIDPOLITIK UND BESATZUNG!“
„FREIHEIT FÜR DIE PALÄSTINENSER!“**

„Der [Konvergenz-]Plan ist unvermeidlich. Er wird umgesetzt, hoffentlich im Konsens, aber er wird auf jeden Fall umgesetzt.“

Ehud Olmert, israelischer Premierminister, 13. Juni 2006

Es ist soweit. Jahrelang wurde vor einem „bevorstehenden Apartheidsregime“ in Israel-Palästina, vor einem gefährlichen Trend „hin zur Apartheid“, vor einer „apartheid-ähnlichen Lage“ gewarnt. Jetzt ist es offiziell. Innerhalb der nächsten zwei Jahre (maximal) wird ein erweitertes Israel über die verbleibenden winzigen, isolierten und verarmten Inseln eines palästinensischen Bantustan ein Apartheidsregime verhängen. In den offiziellen Eckpunkten der Olmert-Regierung findet sich folgende Passage:

Die Regierung strebt nach einer endgültigen Festlegung der dauerhaften Grenzen unseres jüdischen Staates mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit und in demokratischer Verfaßtheit. Zu diesem Zweck wollen wir mit den Palästinensern ein Abkommen aushandeln, das sich auf bestehende Vereinbarungen, die Prinzipien der „Roadmap“, ein Ende der Gewalt und die Entwaffnung der Terrororganisationen gründet. Die Regierung wird sich wie gesagt bemühen, mit den Palästinensern zu verhandeln ... aber wenn sich die Palästinenser nicht bald so benehmen wie wir es fordern, dann wird die Regierung auch ohne Verhandlungen und ohne Abkommen handeln, in Übereinstimmung mit dem breiten nationalen Konsens in Israel und eingedenk der tiefen Einigkeit mit unseren Freunden in der Welt, angeführt von den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten George Bush.

Im Klartext: Israel wird sich auf etwa 85 % des Landes (bisher: 78 %) ausdehnen. Die großen Siedlungen werden dem Staat einverleibt; der Grenzwall, der tief auf palästinensisches Gebiet ausgreift, wird zur dauerhaften Staatsgrenze, und noch dazu wird das Jordantal zu einer zweiten Ostgrenze. Auf den verbleibenden 15 % muß sich die palästinensische Bevölkerungsmehrheit in einer Reihe von Enklaven zusammendrängen. Die dauerhafte und systematische Herrschaft Israels über die Palästinenser mit der Trennung zwischen Juden und Arabern soll den Juden die demographische Vorherrschaft garantieren. Für die Palästinenser entsteht ein amputiertes, nicht lebensfähiges Bantustan. Dies ist ein Apartheidsregime im vollen Wortsinn. Anders läßt sich Ehud Olmerts „Konvergenzplan“, den er sehr detailreich als zentrale Aufgabe seiner Regierung vorstellt, nicht charakterisieren. Am 23. Mai 2006 trifft er Bush, um sich von ihm die erforderliche amerikanische Zustimmung zu holen.

Darum ist es an der Zeit, die diversen speziellen Initiativen, so wichtig jede einzelne für sich genommen auch sein mag, zu einer umfassenden „Meta-Initiative“ zusammenzufassen. Damit müssen wir das offizielle Apartheidsregime, das den Palästinensern auferlegt werden soll, verhindern. Gelingt das nicht, müssen wir eine großangelegte Anti-Apartheid-Kampagne in die Wege leiten. Boykottkampagnen und Sanktionen, Aktionen gegen die Häuserzerstörung, gegen den Mauerbau, gegen die Rodung von Olivengärten, für die Anwendung der Vierten Genfer Konvention und von Menschenrechtsnormen auf die besetzten Gebiete, Widerstand gegen die Besetzung vor Ort und international - all diese Einzelinitiativen sind wichtig im Kampf für Recht und Freiheit in Palästina-Israel; aber sie müssen letztlich in einer übergreifenden Anti-Apartheid-Kampagne zusammenfließen. Das ist jetzt die grundlegende, unmittelbare und dringende politische Notwendigkeit, die ultimative Konfrontation mit der eisernen Mauer, durch welche ein ganzes Volk enteignet und eingesperrt wird.

Zivilgesellschaftlicher Aufruf gegen die Apartheid

Es folgt ein Entwurf des Aufrufs zu einer weltweiten Anti-Apartheid-Kampagne. Er enthält in knapper Form die oben geschilderten Anliegen, betont die Dringlichkeit der Lage und erhebt die Forderung nach internationaler Intervention auf der Grundlage des Aufrufs von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Aktivistengruppen vom Juli 2005. Der Entwurf soll in den palästinensischen und israelischen NGOs und Aktivistengruppen verteilt und modifiziert werden; dadurch, so hoffen wir, kommen wir letztendlich zu einem Text, der einerseits die anstehenden Aufgaben der Kampagne schnörkellos anspricht, und dies gleichzeitig in einer hinreichend moderaten Sprache, um eine maximale Mobilisierung internationaler Organisation zu ermöglichen.

Ein Problem liegt im Gebrauch des Wortes „Apartheid“. Zwar betreibt Israel keine Rassenpolitik im eigentlichen Sinn nach südafrikanischem Muster. Indem aber die Besatzungspolitik dazu führt, daß im Wege institutionalisierter Diskriminierung ein Staat dauerhaft über einen anderen Staat und ein Volk dauerhaft über ein anderes Volk herrscht, betreibt Israel eigentlich Apartheidspolitik. Einige argumentieren gegen die Verwendung des Begriffs, da er als „rotes Tuch“ wirke und von den eigentlichen Problemen ablenke. Sie hätten lieber konkretere Formulierungen, wie „Enteignung“, „ethnische Säuberung“, „Kolonisierung“, „Besetzung“, „Teilung“ u. a. Jedoch ist „Apartheid“ der einzige Terminus, der den systematischen Aspekt der israelischen Besatzung beschreibt, der darin besteht, nicht nur zu diskriminieren, sondern ein durchorganisiertes Beherrschungsregime zu errichten, welches die Besatzung für alle Zeiten festschreibt.

Sinnvoll erscheint die Idee, in der ersten Phase - so lange, bis Olmert seinen „Konvergenzplan“ tatsächlich umsetzt - lediglich vor einer „bevorstehenden“ Apartheidssituation *zu warnen*. Erst danach (laut Olmert in sechs bis neun Monaten) sollte von einer großangelegten Anti-Apartheid-Kampagne gesprochen werden.

Eine weitere Frage ist die nach der Strategie. Läßt sich die Anti-Apartheid-Kampagne von der endgültigen politischen Lösung des Konflikts (Ein-/Zweistaatenlösung, Konföderation usw.) trennen? Unsere Kampagne soll sich auf Apartheid und Besetzung konzentrieren und als Vorbereitung für Verhandlungen und eine gerechte Lösung dienen. Wenn wir uns in Einzelheiten verzetteln - die nicht im Aufruf stehen - riskieren wir, dringend benötigte Mitstreiter zu vergraulen. Hier den richtigen Weg zu finden, bedarf weiterer Diskussion.

Dieser Aufruf und diese Kampagne sind vielleicht die wichtigste Initiative, die die Zivilgesellschaft bislang unternommen hat. Bedenkt man, wie zersplittert wir bisher gewesen sind, können wir nur hoffen, daß uns eine vertrauensvolle und gutwillige Zusammenarbeit gelingt, die uns näher an unser gemeinsames Ziel bringt, nämlich das Ende der Besatzung, ein Ende jeglicher Apartheid und eine gerechte Lösung des Konflikts.

Bürgeraufruf für ein Ende der israelischen Besatzung. Gegen die Einführung der Apartheid in den Palästinensergebieten. Für einen gerechten und dauerhaften Frieden.

Als Bürger Palästinas, Israels und anderer Länder richten wir hiermit einen Appell an Regierungen, internationale Organisationen und verantwortungsbewußte Einzelpersonen. Erheben Sie Ihre Stimme gegen die drohende Errichtung eines Apartheidsregimes durch Israel über Palästina. Beteiligen Sie sich am gemeinsamen Kampf gegen die Besatzung, solange es noch einen Funken Hoffnung auf einen gerechten Frieden in Palästina-Israel gibt. Welche Absichten die israelische Regierung hegt, läßt sich in allen Einzelheiten in ihrem „Konvergenzplan“ nachlesen.

Sobald Amerika zugestimmt hat, und sei es auch nur stillschweigend, wird Israel die illegale, weit ins Palästinensergebiet hineinreichende Mauer zu seiner neuen „demographischen“ Grenze erklären, desgleichen wird das Jordantal in den Stand einer zweiten Ostgrenze erhoben. Die großen Siedlungsblocks mit 87 % der illegalen Siedler werden annektiert. Damit bleibt den Palästinensern ein nicht lebensfähiges Bantustan, bestehend aus kleinen, verarmten und versprengten Enklaven - ein Gefängnis-Staat. Die brutale Trennung zwischen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung, durch die Israel dauerhaft die Kontrolle über 85 % des Landes, über die Grenzen, die Bewegungsfreiheit der Palästinenser, über die Wirtschaft, über Jerusalem, über die fruchtbarsten Ländereien, das Wasser und sogar den Luftraum erhält, bedeutet im Endeffekt nichts anderes als ein vollkommenes Apartheidsregime. Mag sein, daß Israel die Grenzen „vorläufig“ nennt - aber eigentlich soll der Konvergenzplan die Besatzung in alle Ewigkeit festschreiben, wodurch die Palästinenser zu einem zerstückelten, ohnmächtigen und abhängigen Volk ohne jedwedes Selbstbestimmungsrecht werden.

Die internationale Gemeinschaft kann dazu nicht teilnahms- und tatenlos schweigen. Der Konvergenzplan ist völkerrechtswidrig und unmoralisch, denn die Vierte Genfer Konvention besagt, daß eine Besetzung nur durch Verhandlungen und nicht durch einseitige Maßnahmen eingerichtet werden darf. Es ist unvorstellbar, daß die Völkergemeinschaft nur wenige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der südafrikanischen Apartheid untätig zusehen sollte, wie vor den Augen der Welt ein ganzes Volk eingesperrt und ein neues Apartheidsregime errichtet wird.

Wir Bürger palästinensischer, israelischer und sonstiger Herkunft rufen die internationale Gemeinschaft auf, zur Erreichung der folgenden Ziele sofortige und wirksame Schritte zu unternehmen:

1. Das völkerrechtlich garantierte unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser muß wiederhergestellt werden.
2. Die Besetzung und Kolonisierung allen arabischen Landes muß beendet werden; die Mauer muß verschwinden.
3. Für die Flüchtlingsfrage ist im gegenseitigen Einvernehmen eine gerechte Lösung zu finden, die mit dem Völkerrecht und mit der UN-Resolution 194 über die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge in Einklang steht.
4. Völlige Gleichberechtigung für die arabisch-palästinensischen Staatsbürger Israels.
5. Eine Garantie für Unverletzlichkeit und Sicherheit aller Staaten der Region.

Wir rufen Sie alle auf, mit uns eine weltweite Kampagne zur Verhinderung einer israelischen Apartheid zu starten - für Gerechtigkeit und echten Frieden in Palästina/Israel, als notwendigen Beitrag für globale Stabilität und Wohlfahrt und für eine Welt, die das Menschen- und Völkerrecht zum Fundament hat.

Aufbau und Zielsetzungen der Anti-Apartheid-Kampagne

Die hier vorgeschlagene Kampagne ist die dringliche Reaktion auf die bevorstehende Umwandlung der israelischen Besatzung in ein dauerhaftes Apartheidsregime gemäß Olmerts „Konvergenzplan“. Die folgenden Punkte ermöglichen einen ersten Schritt:

- *Dreifacher Schwerpunkt.* Der Kampagne liegen drei Schwerpunkte für eine gerechte Konfliktlösung zugrunde: (1) Widerstand gegen jeglichen Versuch, in Israel-Palästina ein Apartheidsregime zu errichten; (2) die entschiedene Forderung nach einem vollständigen Ende der Besatzung; (3) einseitig verfügte „Lösungen“ werden kategorisch abgelehnt. - Die Kampagne wird nicht für oder gegen einen bestimmten Lösungsweg Partei ergreifen. Anders als in Südafrika, wo die Bewegung sich für einen demokratischen Einheitsstaat einsetzte, sind sich die Palästinenser über das anzustrebende „Endspiel“ nicht einig. Fatah und Hamas haben unterschiedliche politische Ziele; es gibt Befürworter einer Einstaatenlösung, andere wollen diverse Formen der Zweistaatlichkeit bzw. einen Bundesstaat. Um die Unterstützung zu maximieren, sollte man sich also auf die obengenannten drei Punkte konzentrieren.
- *Von der Prävention zum Widerstand.* In der ersten Phase würden wir unsere Bemühungen darauf richten zu verhindern, daß Israel mit internationaler Unterstützung die Apartheid in Palästina einführt. Damit ist jede beteiligte Initiativgruppe direkt gefordert, das eigene Land daran zu hindern, daß es Israels Apartheidsbestrebung unterstützt. In der Erwartung, daß Israel zu einem bestimmten Datum die Apartheid (i.e. den Konvergenzplan) tatsächlich implementiert, würde sich die Kampagne dann voll dem Anti-Apartheid-Kampf zuwenden.
- *Mobilisierung internationaler Bürgerbewegungen.* Der Widerstand gegen die Apartheid und der Kampf gegen die Besatzung wird nur dann Erfolg haben, wenn beträchtlicher internationaler Druck auf den Besatzer, nämlich Israel, ausgeübt wird. Also werden sich weit größere Bevölkerungskreise engagieren müssen, als das bisher der Fall ist. Wir müssen den israelisch-palästinensischen Konflikt darstellen als einen globalen Konflikt, dessen Auswirkungen weit über die Nahost-Region hinausreichen. Nur so läßt sich der Kreis der Engagierten erweitern. Und nur wenn wir darin Erfolg haben, können wir unsere Regierungen unter Druck setzen und sie gleichzeitig bei der Suche nach einem gerechten Frieden unterstützen.
- *Einbeziehung bereits existierender Initiativen.* Die Anti-Apartheid-Kampagne soll keine bereits existierende Kampagne ersetzen. Sie stellt nur einen übergreifenden und dringend notwendigen Rahmen bereit, in den die diversen Kampagnen sich einklinken können, wobei ihre vereinten Bemühungen koordiniert werden. Zusätzlich zu ihrer bereits laufenden Arbeit sollte jede Initiative mit Nachdruck auf die bevorstehende Apartheid hinweisen und entsprechende Forderungen formulieren. Koordination und Kräftebündelung nützt allen.

Organisieren and Mobilisieren

Zwar haben wir für die Organisation vielleicht noch einige Monate Zeit. Aber der ‘Point of no return’ als Resultat geheimen Strippenziehens zwischen israelischen, amerikanischen und europäischen Entscheidungsträgern wird eintreten, lange bevor die Einzelheiten publik gemacht und vor Ort in die Tat umgesetzt werden. Wir müssen so schnell wie möglich in die Gänge kommen und ein Auge auf die Entwicklungen halten.

- Die Kampagne wird geführt durch eine Koalition von Friedens- und Menschenrechtsbewegungen innerhalb und außerhalb Palästina/Israel auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter Prinzipien. Das macht die Zusammenarbeit effektiv. Es wird eine

geschlossene Teilnehmerliste ins Internet gestellt, um die Kommunikation und den Austausch von Materialien zu ermöglichen. Örtliche Gruppen können natürlich auch eigene Initiativen starten. Es erfolgt eine Abstimmung zwischen allen Gruppen, die die Ziele der Kampagne unterstützen. Die „Urheberschaft“ wird gemeinsam übernommen.

- Wenn die Zahl der Teilnehmer anwächst, werden Arbeits- und Thesenpapiere großflächig in Umlauf gesetzt, um Kommentare und Zusatzvorschläge zu ermöglichen, so daß man zu einer Bestandsaufnahme, einem Grundsatzpapier und einem Aktionsplan kommt, die breiteste Akzeptanz finden und dennoch effektiv bleiben. Das organisatorische Ziel besteht nicht in Kontrolle, sondern in der *Formulierung* unserer Besorgnis und unserer Ziele sowie in der *Koordination* und der *gemeinschaftlichen Entwicklung* einer möglichst wirkungsvollen Kampagne.

Was zuerst?

- **Verbreitung von Information.** Erstellung wirksamer Infomaterialien.
Dazu gehören auf jeden Fall:
 - **Apartheid in Israel/Palästina?** Eine kurze Grundsatzbroschüre, die auf die Möglichkeit einer Apartheid in Israel/Palästina hinweist. Sie soll niemanden bevormunden, aber den Leser zwingen, Stellung zu beziehen und eigene Schlüsse zu ziehen. Enthalten sein sollten Fakten, Karten, Zitate, eine kurze Definition von Apartheid und eine Begründung, warum der Begriff auf die Situation paßt. Außerdem Hinweise auf die und auf andere Dokumente zu Menschen- und Völkerrecht (etwa die Vierte Genfer Konvention) sowie Solidaritätsadressen von Parlamentariern, Kirchenleuten, Menschenrechtlern und anderen Personen, die öffentliches Ansehen genießen.
 - Darstellung des Konflikts in **angemessener Sprache**, so daß wir unsere verschiedenen Zielgruppen auch erreichen können. Dies ist nötig, damit die Leute begreifen, was wir wollen. Es kann nicht nur darum gehen, Information anzubieten, sondern empathisches Verstehen zu fördern, innere Widerstände gegen unsere Botschaft abzubauen und den Leuten wirksames Argumentieren zu ermöglichen. Information wirkt nur dann, wenn sie sich in eine bereits vorhandene Weltanschauung einbauen läßt. Es kommt darauf an, den israelischen *Fokus auf die Sicherheitsaspekte* durch eine alternative Sichtweise zu *ersetzen*, die zwei andere Punkte in den Fokus rückt: (1) Israel als Besatzungsmacht, die nach vollständiger Kontrolle über das gesamte Westjordanland strebt; (2) die palästinensische Sicht mit der Forderung nach Wiedererlangung des Selbstbestimmungsrechts und mit palästinensischen Friedensangeboten an die israelische Seite. Wir müssen also unser Anliegen, je nach Zielgruppe, in verschiedenen Versionen präsentieren: z. B. eine für Christen, eine für Juden, eine für Menschenrechtler, eine, die auf die Lage von Frauen unter der Besatzung eingeht, eine, die sich mit dem eigenen nationalen Interesse an einer gerechten Lösung befaßt, eine Version mit globalem Aspekt, und vielleicht sogar eine, die auf Umweltschutz oder andere besondere Anliegen eingeht.
- **Intensivierung von Boykott- und Sanktionskampagnen.**
- **Juristische Maßnahmen.** Diese zeigen eine zunehmende Wirkung. Israelischen Armeeingehörigen ist schon von der Regierung geraten worden, auf Europareisen zu verzichten, um nicht verhaftet zu werden. Wir brauchen eine Strategie zum Einsatz juristischer

Mittel, auch gegen unsere eigenen Regierungen, die gegen Abkommen in Sachen Menschen- und Völkerrecht verstoßen, die sie selbst unterschrieben haben.

- **Protest und Widerstand; die Zeit drängt.** Boykott- und Sanktionskampagnen gewinnen zunehmend an Wirkung, besonders bei kirchlichen Gruppen und Anti-Bulldozer-Aktivisten. Mit der Aussicht auf ein implementiertes Apartheidsregime werden diese Kampagnen immer dringlicher. Vielleicht werden andere Gruppen den Punkt Apartheid in ihre Arbeit aufnehmen. Eine große Aktion sollte sich gegen das Einsperren der Palästinenser hinter der Mauer wenden, durch die es auch Israelis unmöglich gemacht wird, Palästinenser zu besuchen oder mit ihnen zu arbeiten. Man könnte Hunderte Israelis zu einem Akt zivilen Ungehorsams animieren, indem sie über die Grenzübergänge auf palästinensisches Gebiet gehen, die Absperrung ignorieren und sich freiwillig verhaften lassen.
- **Lobbyarbeit.** Protest gegen das politische Establishment ist wichtig, aber wir müssen auch mit den Leuten reden. In jedem Land sollten die Gruppen ein Lobby-Programm entwickeln, das auf Politiker und andere einflußreiche Leute (Kirchenvertreter, Journalisten, Intellektuelle) zielt, aber auch auf Universitätslehrer und Studenten, Gewerkschaften, religiöse Gruppen und weitere wichtige Angehörige der Zivilgesellschaft.
- **Zusätzliche Aktivitäten:**
 - **Entwicklung einer Datenbasis im Internet:** Fotos, Videos, Links zu Filmen, Power-Point-Präsentationen, Karten, Broschüren, Dokumente und Berichte.
 - **Vortragsreisen** israelischer und palästinensischer Aktivisten. Vielleicht könnte man Anti-Apartheid-Kämpfer aus Südafrika aktivieren, die einerseits Beiträge zum Thema Apartheid bringen und andererseits strategische Unterstützung leisten können.
 - **Ausstellungen.** Einige palästinensische und israelische Organisationen verfügen über Ausstellungsmaterial über Häuserzerstörung, Checkpoints, Probleme von Frauen unter Besatzung, Schikanen durch Militär und Siedler in Hebron u. a., sowie Kunsterzeugnisse. Visuelle Präsentation können sehr hilfreiche Überzeugungsarbeit leisten.
 - **Theaterdarbietungen.** Es gibt eine Reihe von Theaterstücken, die vor Ort aufgeführt werden könnten: „My Name ins Rachel Corrie“, „Territorien“ u. a.
 - **Informations- und Solidaritätsveranstaltungen in Palästina-Israel.** Palästinensische und israelische Gruppen bieten ein breites Spektrum von Aktivitäten vor Ort, z. B. Touren durch die besetzten Gebiete, Konferenzen, Workshops und Widerstandsaktionen. Dadurch kann man die Zielgruppen (Aktivisten, Parlamentsdelegationen, Journalisten, Uni-Personal und Studenten, Volksvertreter u. a.) sehr effektiv mit den realen Zuständen, den Problemen und den betroffenen Menschen konfrontieren. Man sollte diese Veranstaltung als wirkungsvolles Agitationsmittel nutzen.

Stufe II, nach Verhängung der Apartheid: die volle Kampagne

Die oben geschilderten Schritte sollen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die geplante Apartheid lenken, *bevor* sie tatsächlich eintritt, und insoweit den Weg bereiten für eine machtvolle Gegenreaktion bereiten. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Apartheid *tatsächlich* an einem bestimmten Stichtag verhängt. Wir müssen jederzeit von einer Antibesatzungskampagne auf eine Anti-Apartheid-Kampagne umschalten können.

In den nächsten Monaten sollten wir eine Reihe von Reaktionen planen, die zu der großen Kampagne passen. Ein Vorschlag, den man jetzt schon in Betracht ziehen sollte, ist der folgende:

- **Weltweite Anzeigenkampagne.** Nach dem offiziellen Inkrafttreten der Apartheid - also wenn Olmert oder ein anderer israelischer Führer einseitig Israels neue Grenzen festlegt - sollten wir konzeptionell und finanziell gerüstet sein, Anzeigen zu schalten, in denen wir auf den Beginn eines neuen Apartheidsregimes hinweisen, diese Sicht der Dinge in Stichpunkten begründen und zu Protest und Widerstand aufrufen. Wir sollten über Material für Pressekonferenzen verfügen, sollten einschlägige Journalisten ausfindig machen und informieren und uns für Protestaktionen und weitere geeignete Maßnahmen bereithalten. Wichtig ist, daß wir *vorbereitet* sind. Wenn wir nur im nachhinein reagieren, wird unsere Stimme wirkungslos verhallen.
- **Massenversammlungen und Demonstrationen.** Diese bieten die ideale Möglichkeit, unsere Unterstützer zu mobilisieren. Sie verleihen unseren Bemühungen den nötigen Nachdruck. Sie bringen uns auch öffentliche Aufmerksamkeit. Hierbei sind zwei Kalendertage wichtig. Erstens der 29. November. Es ist der vor kurzem ausgerufenen UN-Solidaritätstag mit den Palästinensern, und an diesem Tag wurde im Jahre 1947 der UN-Teilungsplan bezüglich Palästina verabschiedet. Zweitens der 5. Juni 2007, der 40ste Jahrestag des Sechstagekrieges von 1967 mit dem Beginn der Besatzung. Die Gruppen in den einzelnen Ländern können selbst entscheiden, wie sie diese Tage (und andere) begehen wollen - aber wir sollten schon gemeinsame Großveranstaltungen für den 5. Juni vorbereiten, auf alle Fälle in den USA (vorgeschlagen wurde ein Treffen von kirchlichen und zivilen Repräsentanten an der National Cathedral in Washington), aber auch anderswo.
- **Eine zentrale Konferenz bzw. Protestversammlung für die Durchsetzung des Völkerrechts,** entweder in Genf (die Vierte Genfer Konvention wurde unter Federführung der Schweizer Regierung ins Werk gesetzt) oder in Jerusalem (abwechselnd in jüdischen und palästinensischen Vierteln). Eine solche Konferenz mit ausgeprägtem Protest- bzw. Forderungscharakter würde die Notwendigkeit unterstreichen, daß nach 40 Jahren Besatzung die internationalen Menschenrechte endlich wieder Beachtung finden.

Übers. Krino Hoogestraat